

641. Plenarsitzung

PC-Journal Nr. 641, Punkt 2 der Tagesordnung

**BESCHLUSS Nr. 756
OSZE-ARBEITSPROGRAMM FÜR DAS JAHR 2007 ZUR
VERHÜTUNG UND BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS**

Der Ständige Rat –

gemäß der OSZE-Charta zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus und der OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert,

unter Hinweis, unter anderem, auf früher vereinbarte Verpflichtungen zur Bekämpfung des Terrorismus und der von terroristischen und anderen verbrecherischen Gruppierungen ausgehenden Gefahr,

in Anbetracht der Tatsache, dass Spanien als designierter Amtierender Vorsitz die Arbeit früherer Vorsitze weiterführen möchte und bestrebt ist, in den Aktivitäten der OSZE gegen Terrorismus, einschließlich der Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten zum Schutz der Menschenrechte, Kontinuität und Konsequenz sicherzustellen,

in Weiterführung der Diskussionen im Rahmen der Arbeitsgruppe zu nicht-militärischen Aspekten der Sicherheit –

1. beschließt, das OSZE-Arbeitsprogramm für das Jahr 2007 zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus laut Anhang zu diesem Beschluss zu verabschieden;
2. beauftragt den Generalsekretär, folgende Veranstaltungen in enger Absprache mit dem Amtierenden Vorsitz und den betroffenen Teilnehmerstaaten zu organisieren:
 - eine Arbeitstagung zur Weiterverfolgung der Umsetzung von Beschluss Nr. 4/05 des Ministerrats über die Verstärkung der rechtlichen Zusammenarbeit in Strafsachen zur Terrorismusbekämpfung im März 2007 in Wien;
 - eine politische Konferenz zum Thema Partnerschaft zwischen öffentlichem und privaten Sektor bei der Terrorismusbekämpfung im Mai 2007 in Wien;
 - eine Arbeitstagung zur Weiterverfolgung der Umsetzung von Beschluss Nr. 7/03 des Ministerrats betreffend die Sicherheit von Reisedokumenten im Juli 2007 in Wien;

3. beauftragt den Direktor des BDIMR, im September 2007 in Wien in enger Absprache mit dem Amtierenden Vorsitz eine hochrangige Tagung zum Thema Opfer des Terrorismus zu veranstalten;
4. beschließt, diese Veranstaltungen aus dem OSZE-Gesamthaushaltsplan 2007 sowie aus außerbudgetären Beiträgen der Teilnehmerstaaten zu finanzieren;
5. ermutigt die Teilnehmerstaaten, an allen Aktivitäten auf den vorgeschlagenen Ebenen teilzunehmen, um innerhalb der OSZE die Zusammenarbeit und den Dialog bei der Terrorismusbekämpfung zu intensivieren;
6. lädt die Kooperationspartner im Mittelmeerraum (Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien) und die Kooperationspartner in Asien (Afghanistan, Japan, Mongolei, Republik Korea und Thailand) ein, sich vollständig einzubringen und mit ihrer Erfahrung zur Entwicklung aller im Arbeitsprogramm enthaltenen Aktivitäten beizutragen.

OSZE-ARBEITSPROGRAMM FÜR DAS JAHR 2007 ZUR VERHÜTUNG UND BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS

I. Gesamtziel

Wie alle anderen Teilnehmerstaaten ist Spanien in seiner Funktion als designierter Amtierender Vorsitz der Auffassung, dass der Terrorismus auch weiterhin eine der gravierendsten Bedrohungen für Frieden und Sicherheit darstellt. Spanien hat immer wieder seine Entschlossenheit bekräftigt, den Terrorismus in allen seinen Formen und Ausprägungen zu bekämpfen, und hat in den letzten Jahren zur Verabschiedung einer Reihe praktischer Beschlüsse beigetragen und diese unterstützt, durch deren weitere Umsetzung das Niveau der Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum erhöht wird.

Spanien war insbesondere an der Ausarbeitung und weiteren Umsetzung von Beschluss Nr. 7/03 des Ministerrats über die Sicherheit von Reisedokumenten und von Beschluss Nr. 4/05 des Ministerrats über die Verstärkung der rechtlichen Zusammenarbeit in Strafsachen zur Terrorismusbekämpfung beteiligt. Spanien setzte sich auch für die Verabschiedung des Beschlusses Nr. 618 des Ständigen Rates im Jahr 2004 betreffend die Solidarität mit den Opfern des Terrorismus ein. Ziel aller dieser Beschlüsse war die Sicherstellung der Umsetzung der völkerrechtlichen Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus.

Wie in der von der Spanischen Delegation auf der Sitzung der Arbeitsgruppe zu nicht-militärischen Aspekten der Sicherheit vom 12. Juni 2006 abgegebenen Erklärung (PC.DEL/545/06) angekündigt, wird Spanien die Arbeit früherer Vorsitze zur Förderung einer besseren Umsetzung der gesamten OSZE-Strategie gegen Terrorismus mit besonderem Nachdruck auf den angeführten Beschlüssen fortsetzen. Spanien hat sich für die Wahrnehmung des Amtierenden Vorsitzes 2007 vorgenommen, die Strategie zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus als Priorität beizubehalten.

II. Geplante Aktivitäten

1. Rechtliche Zusammenarbeit in Strafsachen mit Terrorismusbezug

Vorgeschlagene Aktivität: Arbeitstagung zur Weiterverfolgung der Umsetzung von Beschluss Nr. 4/05 des Ministerrats über die Verstärkung der rechtlichen Zusammenarbeit in Strafsachen zur Terrorismusbekämpfung

Vorgeschlagener Zeitpunkt für die Folgearbeitstagung: März 2007

Vorgeschlagener Ort: Wien

Vorgeschlagenes Konzeptdokument: Spanien wird den Teilnehmerstaaten ein Konzeptdokument betreffend Tagesordnung und Modalitäten der vorgeschlagenen Arbeitstagung vorlegen. Die Hauptelemente des Konzepts werden neben anderen die Weiterführung der Diskussionen früherer Arbeitstagungen in den Jahren 2005 und 2006 sein sowie die Förderung eines Instrumentariums für technische Hilfe zur Stärkung der internationalen rechtlichen Zusammenarbeit in Strafsachen mit Terrorismusbezug, die Förderung von Rechtshilfe und Auslieferung bei Terrorismusfällen und die Zusammenarbeit mit anderen Partnerorganisationen wie dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung, dem Europarat, Interpol und EUROJUST.

Vorgeschlagene Ebene für die Teilnahme: hochrangige Vertreter der OSZE-Teilnehmerstaaten, der Kooperationspartner im Mittelmeerraum (Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien) und der Kooperationspartner in Asien (Afghanistan, Japan, Mongolei, Republik Korea und Thailand) (im Hinblick auf die politischen Ergebnisse der Arbeitstagung) sowie Staatsanwälte und Vertreter der Justizbehörden (im Hinblick auf die fachlichen Ergebnisse der Arbeitstagung).

2. Eine politische OSZE-Konferenz

Vorgeschlagene Aktivität: eine politische OSZE-Konferenz zum Thema Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor bei der Terrorismusbekämpfung

Vorgeschlagener Zeitpunkt der Konferenz: Mai 2007

Vorgeschlagener Ort: Wien

Vorgeschlagenes Konzeptdokument: In Fortsetzung ihrer auf der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2006 unternommenen Initiative werden die Vereinigten Staaten von Amerika und die Russische Föderation den Teilnehmerstaaten ein Konzeptdokument betreffend Tagesordnung und Modalitäten der vorgeschlagenen Konferenz unterbreiten. Die Hauptelemente des Konzepts werden neben anderen die Rolle der Regierungen und internationalen Organisationen für die Mobilisierung und Koordinierung nationaler und internationaler Bemühungen zur Bekämpfung des Terrorismus sein, die Doppelrolle von NROs und Zivilgesellschaft – Zusammenarbeit mit Regierungen und internationalen Organisationen bei der Terrorismusbekämpfung und Schutz der Menschenrechte – und die Einbindung von Unternehmen in Bemühungen zur Bekämpfung des Terrorismus in Zusammenarbeit mit Regierungen.

Vorgeschlagene Ebene für die Teilnahme: Regierungsvertreter (nationale Terrorismusbekämpfungsorgane) der OSZE-Teilnehmerstaaten, Kooperationspartner im Mittelmeerraum (Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien) und Kooperationspartner in Asien (Afghanistan, Japan, Mongolei, Republik Korea und Thailand), die Vereinten Nationen und andere an Terrorismusbekämpfungsaktivitäten beteiligte internationale Organisationen, die Zivilgesellschaft einschließlich NROs, akademische Kreise/Think Tanks, Journalisten der wichtigsten Massenmedien, Fernseh- und Radioanstalten, Presse und Internet, Wirtschaftskreise, insbesondere die wichtigsten Speditions- und Transportunternehmen, Finanzgesellschaften und Banken, Energieunternehmen und Rüstungsfirmen.

3. Sicherheit von Reisedokumenten

Vorgeschlagene Aktivität: Arbeitstagung zur Weiterverfolgung der Umsetzung von Beschluss Nr. 7/03 des Ministerrats betreffend die Sicherheit von Reisedokumenten

Vorgeschlagener Zeitpunkt für die Folgearbeitstagung: Juli 2007

Vorgeschlagener Ort: Wien

Vorgeschlagenes Konzeptdokument: Spanien wird den Teilnehmerstaaten ein Konzeptdokument betreffend Tagesordnung und Modalitäten der vorgeschlagenen Arbeitstagung vorlegen. Die Hauptelemente des Konzepts werden neben anderen das von der Gruppe Terrorismusbekämpfung (ATU) ausgearbeitete Programm zur Sicherheit von Reisedokumenten sein, die Umsetzung der diesbezüglichen Verpflichtungen von Bukarest, Maastricht, Sofia und Laibach, die bisherige Arbeit der OSZE-Teilnehmerstaaten zur Verbesserung ihrer Reisedokumente, die Umsetzung der biometrischen Normen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO), die Umsetzung der ICAO-Mindestsicherheitsstandards für die Behandlung und Ausstellung von Reisepässen, die Umsetzung von Beschluss Nr. 4/04 des Ministerrats über die Meldung verlorener/gestohlener Reisepässe an das automatisierte Fahndungssystem/die Datenbank für gestohlene Reisedokumente (ASF-STD) von Interpol.

Vorgeschlagene Ebene für die Teilnahme: hochrangige Vertreter der OSZE-Teilnehmerstaaten, der Kooperationspartner im Mittelmeerraum (Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien) und der Kooperationspartner in Asien (Afghanistan, Japan, Mongolei, Republik Korea und Thailand) (im Hinblick auf die politischen Ergebnisse der Arbeitstagung) sowie Spezialisten für Reisedokumente (im Hinblick auf die fachlichen Ergebnisse der Arbeitstagung).

4. Solidarität mit den Opfern des Terrorismus

Hintergrund: Spanien setzte sich 2004 für die Verabschiedung von Beschluss Nr. 618 des Ständigen Rates betreffend die Solidarität mit den Opfern des Terrorismus ein, der von den Ministern in Sofia im Dezember 2004 auch gebilligt wurde. In diesem Zusammenhang organisierte das BDIMR eine Arbeitsfachtagung zum Thema Solidarität mit den Opfern des Terrorismus, die am 9. und 10. März 2006 in Oñate (Spanien) stattfand. Die Arbeitstagung war als Weiterführung der Arbeiten zum Thema Opfer des Terrorismus im OSZE-Raum gedacht, insbesondere in Bezug auf die Zusammenstellung der bestehenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften betreffend Hilfestellung und Schadenersatz für Opfer terroristischer Handlungen.

Vorgeschlagene Aktivität: hochrangige Tagung zum Thema Opfer des Terrorismus

Vorgeschlagener Zeitpunkt der Tagung: September 2007

Vorgeschlagener Ort: Wien

Vorgeschlagenes Konzeptdokument: Spanien wird den Teilnehmerstaaten ein Konzeptdokument betreffend Tagesordnung und Modalitäten der vorgeschlagenen hochrangigen Tagung vorlegen. Die Hauptelemente dieses Konzepts werden neben anderen die

Ergebnisse der Arbeitsfachtagung zum Thema Solidarität mit den Opfern des Terrorismus sein. Der Schlussbericht über diese Arbeitstagung kam unter der Nummer ODIHR.GAL/23/06 (25. April 2006) heraus.

Vorgeschlagene Ebene für die Teilnahme: hochrangige Vertreter der OSZE-Teilnehmerstaaten, der Kooperationspartner im Mittelmeerraum (Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien) und der Kooperationspartner in Asien (Afghanistan, Japan, Mongolei, Republik Korea und Thailand) (im Hinblick auf die politischen Ergebnisse der hochrangigen Tagung) sowie Experten aus den einzelnen Ländern (im Hinblick auf die fachlichen Ergebnisse der hochrangigen Tagung) und NROs.

5. Umsetzung früher vereinbarter Verpflichtungen

Als Teil des Arbeitsprogramms für das Jahr 2007 wird auch eine Überprüfung der Umsetzung früher vereinbarter Verpflichtungen zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus in Betracht gezogen werden.

6. Andere Aktivitäten

Die in diesem Arbeitsprogramm enthaltene Liste von Aktivitäten ist keinesfalls vollständig, da erforderlichenfalls auch andere von den Teilnehmerstaaten vorgeschlagene Arbeitstagungen und Veranstaltungen organisiert werden können.

Im Kalender der OSZE-Veranstaltungen für 2007 werden alle anderen vom Ministerrat auf seinem Treffen in Brüssel (4. und 5. Dezember 2006) beschlossenen Aktivitäten zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus enthalten sein, die unter spanischem Vorsitz umzusetzen sind.